

Rechtspopulismus im Aufwind?

Friedrich Müller-Reißmann

In der Nacht vom 26. auf den 27. August 2018 wurde ein 35jähriger Chemnitzer auf einem Sommerfest bei einem Streit mit Ausländern durch mehrere Messerstiche getötet.

Die Polzeisprache von Totschlag, und bis heute hat sich meines Wissens an dieser Einschätzung nichts geändert. Doch in den AfD-Landesverbänden von Thüringen, Brandenburg und Sachsen wusste man sofort, dass es Mord war („brutal ermordet durch 25 Messerstiche“), kannte Hintergründe und die eigentlichen Schuldigen und rief zum landesweiten „Schweigemarsch“ nach Chemnitz.

Dieser Aufruf, der eine einzige Stimmungsmache gegen Flüchtlinge ist, und die anschließenden Ereignisse in Chemnitz, Demonstrationen und Gegendemonstrationen, und das Gewirr an Meinungen, die die Runde machten, waren für mich ein Anstoß, mich mit dem Problem des Rechtspopulismus und der Frage, warum er gerade im Osten eine hohe Attraktivität zu besitzen scheint, verstärkt auseinanderzusetzen. Mein Interesse ist nicht zufällig, denn ich bin im Osten groß geworden, habe dann den Osten vor und nach der Wende dreißig Jahre lang aus westlicher Sicht beobachtet und, da ich dort noch viele Verwandte und Freunde hatte, jährlich besucht. Schließlich habe ich von 1994-2014 in der Oberlausitz, einer der sächsischen Problemregionen, gelebt, in denen die AfD einen hohen Stimmenanteil erlangen konnte.

Die Ereignisse von Chemnitz zeigen exemplarisch, der „Flüchtling“ ist das große Thema, um das sich die Rechtspopulisten drehen, wobei sie das Schicksal der Geflüchteten und die Ursachen der massenhaften Flucht nicht groß interessieren. Um Sachlichkeit und Wahr-

heit, geht es Populisten nicht, sondern allein um Stimmungsmache im Dienste des eigenen politischen Programms. Dazu wird genommen, was passend erscheint. Und der Tod eines Chemnitzers durch Messerstiche von einem oder mehreren Flüchtlingen aus Syrien oder dem Irak war sehr passend, um durch Trauer um ihn (und „alle Toten der Zwangsmultikulturalisierung Deutschlands“ gleich mit) die eigene anteilnehmende Menschlichkeit zu demonstrieren und gleichzeitig Empörung, Wut und Hass gegen die Flüchtlinge zu schüren.

Wenn ich mir vor Augen führe, dass viele Flüchtlinge (gottseidank vielleicht nicht alle) durch die Hölle gegangen sind, und was sie alles verloren haben und mit ansehen mussten, und mit welchen Traumata, Verunsicherungen und Hoffnungen sie nach Europa kommen, dann kann ich es einfach nur als infam bezeichnen, gegen solche Menschen zu hetzen, Angst und Misstrauen gegen sie zu schüren. Dabei völlig außer Acht lassend, dass diese Flüchtlinge die „Nebenwirkungen“ der herrschenden ausbeuterischen Weltwirtschaftsstrukturen des global agierenden Finanzsystems, der Rüstungsexporte (Deutschland steht hinter den USA und Russland an Stelle Drei der Waffenexporteure), der verfehlten Außenpolitik, die meint, durch Militäreinsätze den Terrorismus bekämpfen zu können, der Versäumnisse in der Klimapolitik usw. sind, also von Dingen, die weitgehend auf das Schuldenkonto der reichen Industrienationen und ihrer Kämpfe um Märkte und Ressourcen gehen. Da wäre es doch angebracht, auf die Täter zu zeigen und gegen sie aufzustehen. Doch das ist schwer, denn dabei handelt es sich erstens um übermächtige organisierte Interessen. Zweitens sind wir durch unseren Lebensstil, an den wir uns gewöhnt haben und der nur dadurch möglich ist,

dass wir andere weltweit dafür mitzahlen lassen, selbst verstrickt in das Täter-System. Gegen dieses aufzustehen, bedeutete Selbstkritik und Aufgabe von lieb gewordenen Gewohnheiten. Und das ist noch schwerer.

Da ist es wesentlich leichter (sprich: populistischer), aus Opfern Täter zu machen und ersatzweise auf diese zu zeigen und gegen sie aufzustehen.

Dabei verstehen es AfD und Co., sich geschickt zu präsentieren, indem sie sich als kritische Bürger gebärden (und teilweise auch sind), die gegen die Regierung aufbegehren und nicht mehr alles hinnehmen, was von oben kommt. Sie stilisieren sich zum Sprachrohr und Anwalt der entrechteten Mehrheit, des gerechten Volkswillens, des gesunden Menschenverstandes usw., mit einem Wort: als die wahren Volksvertreter gegen das Establishment, gegen die korrupten, verantwortungslosen, abgehobenen, realitätsblinden Eliten, gegen die willfährigen Medien usw. So finden sie Anklang bei vielen, die ganz berechnete Wut auf die herrschende Politik haben. Während sie den Anschein erwecken, mutig gegen „die da oben“ vorzugehen, was ja durchaus angebracht wäre, treten sie in Wahrheit nach unten, auf die bedauernswertesten Opfer der herrschenden Politik.

Wenn ich das Bild von dem ertrunkenen kleinen Jungen am Strand vor mir sehe, möchte ich zu einem „Trauermarsch“ aufrufen, nein, nicht gerade zu einem Marsch, aber mir wünschen, dass Millionen von einer solchen Trauer erfasst würden, dass sie endlich ernsthaft darüber nachdenken, was die Ursachen dafür sind, dass heute so viele Menschen in ihren Heimatländern nicht mehr leben können, die es doch vor zehn, zwanzig Jahren noch konnten.

Populismus/ Populismus/

Substantiv, maskulin [der]

1. POLITIK

von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die eine Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen zu erlangen gewinnen

2.

literarische Richtung des 20. Jahrhunderts, die bestrebt ist, die Literatur in einem natürlichen realistischen Stil ohne idealisierende Verzerrungen zu beschreiben

Verunsicherung und Benachteiligung – der Nährboden für den Populismus

Die kapitalistische Globalisierung bedeutet beschleunigten Wandel in fast allen Lebensbereichen. Technik, Wirtschaft, Kultur, das politische Umfeld usw. verändern sich heute rasant. Verunsicherung, Orientierungs- und Kontrollverlust sind die Folgen. Die Menschen haben das begründete Gefühl, nicht mehr Herr ihres Lebens, sondern undurchsichtigen, übermächtigen, anonymen Kräften ausgeliefert zu sein und um den Lohn ihrer Anstrengungen betrogen zu werden.

Viele, besonders „einfache Menschen“, neigen dazu, in Situationen großer Verunsicherung nach „Sündenböcken“ bzw. Ersatzerklärungen für das ihnen Unerklärliche zu suchen. Jemand muss doch an der ganzen Misere schuld sein!

Damit Einzelne oder Gruppen zu Sündenböcken gemacht werden können, müssen sie eine Grundbedingung erfüllen: Sie müssen schwach sein. So bieten sich besonders Minderheiten an, die über keine Macht verfügen. Für diejenigen, die sich an Schwachen vergehen, gegen sie hetzen, sie verfolgen oder gar umbringen, besteht die Notwendigkeit, sich dabei nach außen in einem positiven Licht erscheinen zu lassen und sich selbst ein gutes Gewissen zu verschaffen. Deshalb gehört zur Verfolgung von Minderheiten immer eine Rechtfertigungsideologie. Bei der Verfolgung der Juden im Mittelalter, bei der es immer wieder zu blutigen Pogromen kam, war es die absurde theologische Vorstellung von den Juden als Christusmördern. Die nazistische Judenverfolgung und -vernichtung während des 3. Reiches fußt ideologisch auf einem rassistischen Antisemitismus, der im 19. Jh. entstand (Hundt-Radowsky, Wilhelm Marr u. a.), der von einer grundsätzlichen angeborenen Minderwertigkeit der Juden ausging und im 3. Reich durch die Wahnvorstellung von einer arischen Herrenrasse in seiner Absurdität noch gesteigert wurde.

Ich behaupte, dass auch bei der heutigen Fremdenfeindlichkeit, den Ressentiments gegen Ausländer, der Angst vor Flüchtlingen eine vergleichbare Rechtfertigungsideologie im Spiel ist. Ich nenne sie die „identitäre Ideologie“, gewissermaßen eine abgemilderte Variante der nazistischen Ideologie. Im Unterschied

zu deren unverblütem biologischen Rassismus hängen die „Identitären“ „nur“ einem „kulturellen Rassismus“ an und hegen den Glauben, dass wir (die in Europa einheimischen Franzosen, Deutschen, Polen, Ungarn usw.) aufgrund unserer Kultur, Geschichte, Religion, Bildung usw. wertvoller sind als die Angehörigen anderer, insbesondere islamischer Kulturen. Wenn heute aus dieser Ecke zu hören ist, dass man sich gegen „Überfremdung“ zur Wehr setze, und seine Identität bewahren wolle, so klingt das ja eigentlich positiv oder zumindest unproblematisch, es ist aber nur die halbe Wahrheit. Ehrlicher wäre es zu sagen, es geht gegen eine Verschmutzung unserer hochwertigen Kultur durch minderwertige Zusätze. Wenn es den „identitären“ oder neonazistischen Populisten tatsächlich darum ginge, unsere kulturelle Identität zu wahren, dann fragt es sich doch, wo ihr politisches Engagement bleibt, wenn in unserem Kulturkreis hart erkämpfte soziale Errungenschaften und bewährte Kulturtechniken (unsere bäuerliche Landwirtschaft, traditionelle Ernährungsformen, Kochkunst, hoch entwickeltes Handwerk, die Eigenheiten unserer Sprache usw.) im Zuge der Globalisierung auf der Strecke bleiben.

Wie die Geschichte zeigt, fällt Hetze und Hasspredigt in Zeiten ungewöhnlicher, unerklärlicher Ereignisse, die den Menschen Angst machen und existenzbedrohend sind, auf besonders fruchtbaren Boden. So war z. B. die Zeit vermehrter Missernten in der zweiten Hälfte des 16. und der ersten des 17. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den Wetterumbrüchen in der Kleinen Eiszeit die „Hochzeit“ der Hexenverfolgungen.

Die schrecklichen Verfolgungen resultierten nicht direkt aus der Verunsicherung, waren nicht spontaner Ausbruch des „gesunden Volkszornes“ (im Gegenteil, es gibt Beispiele, wo sich einfache Menschen spontan schützend, wenn auch zumeist vergeblich, vor ihre verfolgten Nachbarn gestellt haben), sie bedurften immer gewissermaßen als Katalysator der gezielten Hetze durch interessierte Kreise.

So ist es auch zu kurz geschossen, die paranoiden Weltbilder, die in Zeiten großer Verunsicherung um sich greifen, nur als individuelles Phänomen zu sehen und als Psychose zu begreifen, sie haben eine ausgeprägte politische Dimen-

sion, und es gäbe sie nicht in so verheerender Form, wenn es nicht im Interesse bestimmter Menschen läge, die zumeist zu der herrschenden Elite zählen, sie anzuheizen. Welche Interessen das bei den historischen Juden- und Hexenverfolgungen konkret waren, ist zwar ein sehr spannendes Feld, das zu beackern auch für uns heute erhellend wäre, aber es würde den Rahmen meines Themas sprengen. Für die gegenwärtige Hetze gegen Flüchtlinge scheint es mir offensichtlich, dass es ein Interesse gibt, diese als „Angstgegner“ aufzubauen, an denen die vielen benachteiligten kleinen Leute ihre berechtigte Wut abarbeiten können, sie abzulenken und Fragen nach den wahren Ursachen ihrer Misere gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Viele Menschen verstehen die Welt, die sich so rasant verändert, immer weniger, wissen nicht mehr, worauf noch Verlass ist, haben Existenzängste und sehen die Zukunft düster. Der Nährboden, auf dem die Suche nach Sündenböcken gedeiht, ist heute sehr fruchtbar, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Ostdeutschland. Da stellt sich die Frage, warum der Osten in erhöhtem Maße anfällig zu sein scheint für rechtes Gedankengut. Ich glaube, dass das nicht monokausal zu erklären ist, sondern, dass da eine Vielzahl von Gründen eine Rolle spielt, mit denen ich mich im Folgenden befasse, ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können.

Die höhere Anfälligkeit für den Rechtspopulismus im Osten

Im August 1992 kommt es in Rostock-Lichtenhagen zu mehrtägigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und das Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter durch eine Gruppe von mehreren Hundert Neonazis. Das bewohnte Heim wird mit Molotowcocktails in Brand gesetzt. Zahlreiche Rostocker klatschten Beifall und behinderten die Feuerwehr bei den Löscharbeiten. Es grenzte an ein Wunder, dass es keine Toten gab.

Seitdem gibt es ein größeres Nachdenken über das Phänomen des Neonazismus, der sich vermehrt im Osten, vor allem in den Randregionen Sachsens (in der Niederlausitz, aber auch in der Oberlausitz oder der Sächsischen Schweiz) formierte.



Ein Erbe des DDR-Sozialismus?

Eine Erklärung suchte man damals im Schulsystem der DDR. Es habe zu Schwarz-Weiß-Denken in Feindbildern erzogen und demokratische Tugenden wie Dialogfähigkeit, differenziertes Urteilen, Respekt gegenüber Andersdenkenden, Achtung von Minderheiten usw. nicht eingeübt.

Ich erinnere mich, wie eine Gruppe aufgebracht alter DDR-Lehrer in Zittau (wo ich damals lebte) eine Fahrt nach Dresden zu einem Vortrag des Kriminologen Christian Pfeiffer aus Hannover organisierte, von dem man erwartete, dass er in diesem Sinne einseitig und pauschal argumentieren würde, was der kluge und sachliche Mann jedoch vermied, sodass die geplante Protestaktion im Sande verlief.

Ich glaube, dass an dieser Hypothese etwas dran ist bzw. war, aber das Phänomen der noch heute bestehenden größeren Anfälligkeit für rechten Populismus im Osten, besonders in den Randgebieten, ist damit kaum zu erklären. Man kann sie jedoch auch nicht mit dem Hinweis als irrelevant abtun, dass die Altersgruppe derer, die sich bei rechten Aktivitäten heute besonders auffällig hervortut, gar nicht mehr in den „Genuss“ der DDR-Sozialisation gekommen seien. Ein Schulsystem prägt nicht nur einzelne Menschen, sondern den Geist einer Gesellschaft, und der kann Generationen überdauern.

Zu den oben genannten Merkmalen des DDR-Schulsystems kommt etwas, was meiner Meinung nach zentral für die herrschende Ideologie in der DDR war, nämlich, dass nicht für die Herausforderungen einer offenen Zukunft, der man sich als Individuum stellen muss,

erzogen wurde, sondern für einen Weg zum Sozialismus, der nach marxistischer Lehre mit historischer Notwendigkeit kommen müsse, bei dem es nicht auf Selbstverantwortung ankommt, sondern darauf, sich „einzureihen“ und den Direktiven der Avantgarde (der Partei) zu folgen. Die positive Kehrseite dieser Bevormundung war gefühlte und vielfach auch tatsächliche Sicherheit. Existenzsorgen, wie keine Arbeit mehr zu haben oder seine Miete nicht mehr bezahlen zu können, waren unbekannt. Wenn man nicht gerade mit dem Gesetz in Konflikt geriet, hatte man nichts zu befürchten.

Von DDR-Bürgern war oft der Spruch zu hören: „Das geht alles seinen sozialistischen Gang“. Das war zwar Spott, aber kein böser, bissiger, sondern signalisierte fast schon so etwas wie Zustimmung zu einem System, in das man sich eingebettet fühlte und das einem nicht viel mehr abverlangte, als geduldig und nicht zu anspruchsvoll zu sein und sich zu fügen. Sicherheit pur, die heute von vielen vermisst wird.

Der immer noch niedrigere Lebensstandard

Heute, fast dreißig Jahre nach der Wende, besteht noch immer ein beträchtliches Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost (niedrigere Löhne und Renten; viel geringere Vermögen, höhere Arbeitslosigkeit). In den Randgebieten, wo besonders viele Arbeitsplätze weggebrochen sind (etwa in der Lausitz mit der Abkehr von der Braunkohle) und Perspektiven fehlen, fühlt man sich geradezu „abgehängt“. Die Enttäuschungen begannen schon bald nach der Wende.

Ein Heer kleiner Betrüger und Glücksritter strömt in den Osten.

Dubiose Händler bringen, solange man im Osten noch glaubte, alles was westlich ist, sei gut und modern, gezielt ihre Ladenhüter an den Mann. Ich selbst kannte einen dieser Typen, einen ewig erfolglosen Geschäftsmann, der wegen Betrugs gesessen hatte und in den 80er Jahren immer mal in unserem Institut in Hannover auftauchte und einen meiner Kollegen um einen kleinen Kredit anbettelte. Kurze Zeit nach der Wende fuhr er einen dicken Mercedes und besaß ein Haus auf Sylt.

Während mich noch vollauf die Freude über den Fall der Mauer bewegte, hatten viele längst begriffen, dass es jetzt im Osten etwas zu holen gab, darunter einige meiner Hannoveraner Kollegen. Vorher nie groß am Osten interessiert, reisten sie jetzt hin und schauten sich nach Grundstücken um, die sie billig erwerben und bald teurer wieder loschlagen könnten. Doch das waren kleine Fische, die keinen großen Reibach machen konnten.

Über den Tisch gezogen im großen Stil

Ausplünderung ganz anderer Größenordnung erlebte der Osten bei der Privatisierung der „volkseigenen Betriebe“. Zunächst ging es dabei noch relativ fair zu, denn der erste Präsident der „Treuhand“, der SPD-Mann Detlev Karsten Rohwedder, handelte nach der Devise, möglichst viele Betriebe zu sanieren und dann erst zu verkaufen. Doch nach seiner Ermordung am 1.4.1991 (die Täter sind bis heute nicht gefunden) kam unter seiner Nachfolgerin, der CDU-Frau Birgit Breuel, der Prozess der Privatisierung richtig in Fahrt. Sie verfolgte die umgekehrte Politik: Privatisierung vor Sanierung. In einem Interview vertrat sie die Auffassung, die Sanierung könne am besten der neue Eigentümer vornehmen.

Selbst bei wohlwollender Betrachtung muss man heute sagen, dass es dabei nicht immer mit rechten Dingen zugeht und die Rolle, die die Treuhand dabei spielte, zumindest als ambivalent oder zweifelhaft bezeichnet werden darf. Da wurde dieser Prozess von westlichen Unternehmen systematisch genutzt, um östliche Konkurrenz auszuschalten. Da wurden Unternehmenswerte drastisch klein gerechnet und an Käufer verramscht, ohne zu prüfen, ob die überhaupt in der Lage und willens waren, den Betrieb weiter zu führen und die Arbeitsplätze zu erhalten. Oft ging es nur um die Grundstücke, der Rest wurde verschrottet und verscherbelt. Darunter Unternehmen, die sehr wohl bei entsprechender Politik wettbewerbsfähig gewesen wären. Mir erzählte man seinerzeit im Osten von unglaublichen Fällen. Viele waren der Meinung, dass die ganze „Abwicklung“ durch die Treuhand ein einziges Projekt war, die Vermögenswerte des Ostens in westliche Hand zu bringen, und fühlten sich „verraten und verkauft“. Kritische Stimmen

sprechen heute von einem „Beutezug“ oder dem „Ausverkauf des „Ostens“. Nach Schätzungen verloren von 1990-1995 etwa 80% der erwerbstätigen DDR-Bevölkerung vorübergehend oder auf Dauer ihre Arbeit.

Das alles liegt heute über 20 Jahre zurück, aber es ist aus dem kollektiven Gedächtnis nicht verschwunden und zum festen Baustein des Bewusstseins im Osten geworden, dass man über den Tisch gezogen und von der Politik unfair behandelt wurde.

Die „Besserwissis“ besetzen die Führungspositionen im Osten

Nach der Wende kamen viele Fachleute aus dem Westen, um beim „Aufbau Ost“ zu helfen. Darunter gab es sicher hoch motivierte und kompetente Berater, aber auch viele, die das weniger waren und den Osten zu einer Karriere (in Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Hochschulen usw.) nutzten, zu der sie im Westen nicht fähig waren. Sie traten vielfach mit einer Überlegenheitspose auf, wodurch die „Ossis“, denen sie ja *de facto* Aufstiegschancen nahmen, nicht gerade motiviert wurden, der eigenen Kraft zu vertrauen.

Noch heute sind diese im Osten (und übrigens auch in ganz Deutschland) in Führungspositionen extrem unterrepräsentiert.

Betrogen um die Lebensleistungen und gedemütigt

Die rein materielle Seite der Benachteiligung und das weiter bestehende Gefälle beim Lebensstandard, sind wahrscheinlich noch nicht einmal das, was unter den vielen Enttäuschungen, die die Menschen im Osten nach der Wende erlebten, am schwersten wiegt.

Viele fühlen sich um ihre Lebensleistung betrogen, weil das, worauf sie stolz waren und was ihnen eine Perspektive eröffnete, ihre Ausbildung und Qualifikation durch die „Umwertung der Werte“, die mit dem Systemwechsel verbunden war, sich gleichsam über Nacht in Nichts auflöste.

Hinzu kam, dass man bei der Alltagsbewältigung in vielen Bereichen mit bislang unbekanntem Problemen konfrontiert wurde. Man musste mit dem

sog. Arbeitsmarkt, mit Kündigungen, ABS-Maßnahmen, längeren Arbeitswegen usw., mit einer anderen Verwaltung, anderem Steuersystem, anderem Gesundheitssystem, mit der Vielzahl verschiedener Versicherungen, mit „Vermögensberatung“ usw. klarkommen. Insgesamt sah man sich einem nervigen Papierkrieg ausgesetzt, musste bei jeder Gelegenheit endlos lange Formulare ausfüllen, was man nicht erwartet hatte. Die DDR war zwar ein bürokratischer Staat, doch es war eine Art interne Bürokratie, der Bürger blieb vom Papierkrieg so gut wie unbehelligt. Der Staat nahm ihm gewissermaßen die Bürokratie ab.

Jetzt musste man so vieles selbst machen und kam auch als intelligenter Mensch oft damit nicht zurecht und musste fremde, aus dem Westen kommende Hilfe in Anspruch nehmen.

So fühlten sich viele Menschen permanent als Bittsteller, von denen der Westen Dankbarkeit erwartete. Während die Erwartung der DDR-Obersten seinerzeit, dass die Menschen ihnen aus Dankbarkeit für soziale Errungenschaften begeistert jubeln würden, die Bürger nicht sonderlich berührte, empfanden nach der Wende viele Menschen ihre Situation und das, was man im Westen tatsächlich oder vermeintlich über sie dachte, als herabsetzend und demütigend. Besonders schmerzte es, wenn einem vorgehalten wurde, man bekäme aus einer Kasse seine Rente, in die man nicht entsprechend eingezahlt habe.

Ich glaube, dass sich Menschen auf die Dauer nicht damit abfinden, als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Hier liegt meines Erachtens die Hauptursache für die größere Resonanz rechtspopulistischer Propaganda im Osten.

Die „identitäre Bewegung“ verspricht den Menschen, die sich unten, betrogen und missachtet fühlen, wieder wer zu sein.

Die „Lügenpresse“

Es ist erschreckend zu sehen, wie willig viele Bürger bei Protestaktionen, besonders deutlich bei den Dresdner PEGIDA-Umzügen, das alte NAZI-Schlagwort von der „Lügenpresse“ aufgreifen. Man muss sich dazu verdeutlichen, dass

man, nachdem man die ideologisch verlogene, völlig einseitige DDR-Presse hinter sich hatte, überzogene Erwartungen in die westlichen Medien gesetzt hat. Nun musste man die Erfahrung machen, dass auch diese nicht objektiv sind und bestimmten Interessen dienen und nicht alle angemessen zu Wort kommen lassen, und man empfand das vor allem massiv und schmerzlich in Bezug auf die eigenen Belange.

Der „braune Mob“ und der „besorgte Bürger“

Gewaltbereite Hooligans, die Flüchtlingsunterkünfte anzünden, und andere mehr oder weniger straff organisierte rechtsradikale Gruppierungen und besorgte, verunsicherte, sich bedroht und zurückgesetzt fühlende Menschen wurden durch viele Berichtersteller und zum Teil auch in einigen leichtsinnigen, unbedachten Aussagen von Politikern in einen Topf geworfen. Das hat die Bürger im Osten zu Recht aufgebracht und in der Meinung bestärkt, von der Politik nicht verstanden und in ihren Problemen nicht ernstgenommen zu werden, wodurch sie dann umso anfälliger wurden für populistische Verheißungen. Das Ergebnis sind wachsende Stimmenanteile für die AfD.

Es ist nicht schwer, wenn man selbst zu den „Bessergestellten“ gehört und keine Existenzsorgen hat, liberal, weltoffen und tolerant zu sein, aber ungeheuer schwer, wenn man unter Benachteiligung und Zurücksetzung leidet, wie heute viele Menschen im Osten. Sie als „Mob“ abzutun und sich damit selbst gewissermaßen ein moralisches und intellektuelles Gütesiegel auszustellen, spielt den Populisten in die Karten. Toleranz und Weltoffenheit schön und gut - wenn aber die, die dafür sind, nichts dafür tun, Benachteiligungen abzubauen, bleibt der Nährboden für Populisten erhalten und fruchtbar.

Fremdenfeindlichkeit

Was die „Fremden“ betrifft, so hat man im Westen hier einen langen Vorlauf. Seit Jahren gibt es im Straßenbild eine größere Vielfalt und Buntheit, Internationalität und Exotik.

Ein alter Freund aus Westdeutschland erzählte mir neulich von seinem Besuch in Chemnitz, den er 2017 zusam-

men mit seiner Partnerin unternommen hat. Abgesehen davon, dass sie die Chemnitzer als nett, freundlich, offen erlebt haben, hatten die Besucher aus dem Westen das Gefühl, in einer „alten noch ganz deutschen Welt“ zu sein, keine Kopftücher, keine sonst irgendwie exotisch, nichtdeutsch aussehende Leute auf den Straßen. „Alles Dinge, an die wir uns im Westen längst gewöhnt haben und die sofort wieder da waren, kaum, dass wir die Grenze nach Bayern überquert hatten. Im Westen empfindet man seit langem schon Ausländer, auf den Straßen, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Leben, unter seinen Freunden, als selbstverständlich, hat die konkrete Erfahrung gemacht, dass man mit ihnen gut auskommt und sie eine Bereicherung sein können.

Nicht, weil man da an sich toleranter wäre, Im Westen begannen die Erfahrungen mit Ausländern schon relativ bald nach dem Krieg und unter eher positivem Vorzeichen, zunächst in Begegnungen mit den amerikanischen, englischen, französischen Besatzungssoldaten, denen im Osten keine vergleichbaren mit den russischen gegenüber standen. Dann begann schon in den 50er Jahren ein Schüleraustausch mit dem Ausland, wovon man im Osten nur träumen konnte. Und dann die vielen Erfahrungen mit italienischen, spanischen, griechischen und vor allem mit türkischen Gastarbeitern in den Wirtschaftswunderjahren, in denen es nur aufwärts ging und man nicht auf die Idee kommen konnte, es würde einem etwas weggenommen (es sei denn die Drecksarbeit, zu der die Bundesbürger keine Lust hatten). Und trotzdem gab es Konflikte. Wenn hingegen die ersten größeren Erfahrungen mit Ausländern unter eher negativen Vorzeichen stehen und in Zeiten ökonomischer Rückschläge, Unsicherheiten und Enttäuschungen stattfinden, können sich leicht Ressentiments gegen Ausländer bilden. Diejenigen, die es geschafft haben, sich nach der Wende etwas aufzubauen, fürchten um ihren oft schwer erkämpften Besitzstand, und die, die es nicht geschafft haben und von sog. Sozialleistungen leben müssen, haben Angst, mit den hinzukommenden Hilfsbedürftigen teilen zu müssen.

Es kommt vieles zusammen, was erklärt, warum im Osten „Fremde“ nicht selbstverständlich sind und ihnen

Misstrauen entgegengebracht wird, das propagandistisch leicht zu schüren ist.

Der „Aderlass“ an Frauen nach der Wende

In den letzten Jahrzehnten ist zu beobachten, dass überdurchschnittlich viele junge Frauen auf Jobsuche in den Westen gehen. Der Osten verliert dabei ein Potenzial an besonders aktiven, qualifizierten, Menschen, die sich etwas zutrauen.

Inzwischen herrscht in einigen Regionen, besonders in den Problemregionen ein deutlicher Männerüberschuss.

Im Blick auf unsere Fragestellung ist zu vermerken, dass die ohnehin schon hohe Unzufriedenheit und Wut vieler Männer damit zusätzlich Nahrung bekommt. Das angeschlagene Selbstwertgefühl als Arbeitnehmer, weil man keine Arbeit findet, und als Bürger, weil man sich politisch übergangen fühlt, wird nun noch zusätzlich belastet, weil man seine „Perspektive“ als Mann schwinden sieht.

Ich versuche zusammenzufassen, warum der Osten „anders tickt“. Ich glaube zwar, dass die 40 „totalitären Jahre“ DDR-Sozialismus aufgrund von ideologischer Indoktrination, sowie aufgrund von seelischen Belastungen, Gewissenzwängen, Ängsten, erzwungenen Zugeständnissen, feigen Anpassungen und dadurch entstandene Prägungen, die teilweise traumatischen Charakter haben und über Generationen hinweg virulent sein können, eine Rolle dabei spielen. Aber das größere Erklärungsgewicht haben für mich die unterschiedlichen konkreten Erfahrungen, die man im Westen und im Osten gemacht hat, sowohl in den über 40 Jahren vom Kriegsende bis zur Wende als auch in den inzwischen fast 30 Jahren nach der Wende.

Der Osten – ein „gefundenes Fressen“ für die Rechtspopulisten?

Gründe dafür zu benennen, warum viele Menschen im Osten heute so anfällig sind für den Rechtspopulismus, bedeutet keinesfalls, diese Menschen zu verurteilen oder gar den Osten pauschal abzuschreiben. Das wäre ein grobes Missverständnis.

Ich habe viele Jahre im Osten und zwar in der besonders problematischen Randregion der Oberlausitz gelebt, und ich muss sagen, es gibt dort ein erstaunliches Potenzial an sozialem, kulturellem, ökologischem Engagement, das alternativ zur herrschenden Politik ist und nichts aber auch gar nichts mit der „Alternative“ der AfD zu tun hat.

Dieses hier zu verschweigen, hieße, ein sträflich schiefes Bild vom Osten zu zeichnen. Was z.B. in Zittau im Dreiländereck an kulturellen Aktivitäten entwickelt und an interessanten Veranstaltungen ins Leben gerufen wurde, dürfte manche Stadt vergleichbarer Größe in der Mitte des saturierten Westens beschämen.

Und die kleine Stadt Ostritz direkt an der Neiße, die durch bundesweite Treffen von Neonazis Schlagzeilen macht, hat noch eine ganz andere Seite: nicht nur, dass die Ostritzer unterstützt von Menschen der Region immer wieder Zeichen gegen das Nazitreffen setzen, Ostritz wurde zur „ökologischen Modellstadt“ entwickelt, die mitten im Braunkohlenrevier ganz auf erneuerbare Energie setzt, und besitzt ,entstanden aus privater Initiative, eine Schule (Skola), in der deutsche und polnische Kinder gemeinsam lernen.

Ein weiterer alternativer Ort ist die „Kulturfabrik“ Mittelherwigsdorf bei Zittau, in der z. B. Filme gezeigt werden, die sich normalerweise nicht in die abgelegene Region verirren. Unter den vielen Aktivitäten ist eine in unserem Zusammenhang besonders interessant: Über zwei Jahre trafen sich regelmäßig Menschen zu einem Gesprächskreis, die eine gemischte Ost-West-Biografie haben (z.B. „Ossis“, die nach der Wende eine Zeit lang im Westen gearbeitet haben, oder „Wessis“, die in den Osten übergesiedelt sind, oder die wie ich in der DDR aufwuchsen, durch „Republikflucht“ Bundesbürger worden und nach der Wende in den Osten zurückgekehrt sind) und tauschten ihre Erfahrungen aus und setzten sich mit den durch die „Vereinigung“ entstandenen Problemen auseinander.

Das sind nur wenige Beispiele, denen noch viele hinzuzufügen wären, die alle das Bild von einen zurückgebliebenen, rückwärtsgewandten, rechts orientierten Osten Lügen strafen.

Der Rechtspopulismus ist kein Problem des Ostens

Leider macht ja der Rechtspopulismus und die für ihn typischen paranoiden Weltbilder keinen Bogen um den Westen. Woher rührt hier seine wachsende Attraktivität?

Hier glaube ich, dass das Erklärungsmuster ganz analog zur Antwort, die ich auf die Frage nach seiner größten Anziehungskraft im Osten gegeben habe, ausfallen muss.

Ich denke, dass noch virulente Prägnungen durch die nationalsozialistische bzw. nationalistische und militaristische Vergangenheit durchaus eine Rolle spielen. Menschen, die als Kinder im Rahmen einer repressiven „Schwarzen Pädagogik“ schwer gedemütigt worden sind und kein „gesundes“ Selbstbewusstsein und kein Grundvertrauen aufbauen konnten, brauchen gewissermaßen eine „psychische Entschädigung“ und neigen dazu, an schwächeren, machtlosen, schutzlosen Menschen „ihr „Mütchen zu kühlen“, und „nach unten zu treten“. Doch entscheidender als nachhaltige Prägungen durch die Vergangenheit scheint mir die „totalitäre“ Ökonomie des Kapitalismus der Gegenwart zu sein, der den Menschen immer mehr der Wirtschaft unterwirft und dabei alle Lebensbereiche durchdringt und vereinnahmt und kaum noch Freiräume zulässt, die nach anderen, nichtökonomischen Prioritäten gestaltet werden können.

Dieses System reduziert den Menschen auf seine Leistung und verspricht ihm, wenn er diese nur richtig zu entwickeln versteht, erfolgreich zu werden.

Doch der „normale“ Mensch macht die Erfahrung, dass es keineswegs seine Leistung (jedenfalls nicht al-

lein) ist, die darüber entscheidet, in welcher (ökonomisch) günstigen oder ungünstigen Lage er sich befindet, sondern dass er das anonymen Kräften „verdankt“, auf die er keinen Einfluss hat. Wie sehr er sich auch bemüht, die strukturellen Weichen sind längst gestellt, die gewissen Leuten einen uneinholbaren, wachsenden ökonomischen Vorsprung (ganz massiv vor allem durch ein „Einkommen aus Vermögen“) verschafft. Der Widerspruch zwischen ideologischer Verabsolutierung der Leistung und wachsendem Leistungsdruck und der tatsächlichen Relevanz der eigenen Leistung für das, was man erreichen kann, wächst. Der im Zuge der kapitalistischen Globalisierung härter werdende Konkurrenzkampf hat mittlerweile eine so rücksichtslose Dynamik und soziale Brutalität erreicht, dass es viele Menschen für aussichtslos halten, sich daran zu beteiligen, während sie sich ihm gar nicht entziehen können. Der Nährboden für einen verzweifelten Radikalismus und die Suche nach unkonventionellen Lösungen wächst in ganz Deutschland und nicht nur da. Eine wachsende Zahl von Wählern glaubt einfach nicht mehr, dass eine grundlegende Abhilfe von den etablierten Parteien zu erwarten ist.

Zu viele Menschen werden in unserem wachstumsabhängigen System heute ökonomisch zu Verlierern, fühlen sich betrogen, orientierungslos und politisch entmachtet. Da wächst unterschwellig ein Gewaltpotential heran, das sich einmal erschreckend Bahn brechen könnte. Der Rechtspopulismus ist nicht die Krankheit, an dem die Gesellschaft heute leidet, sondern nur ein unerfreuliches Symptom oder ein ganz untauglicher und inhumaner Heilungsversuch, der aber wahrscheinlich noch nicht einmal der gefährlichste ist. Für die größte Gefahr halte ich, wenn sich die Menschen aus der Politik zurückziehen und ihre Wut „in sich hineinfressen“.

Nicht nur aus diesen gesellschaftlichen Gründen, sondern fast noch

mehr aus weltpolitischen und ökologischen Gründen, ist heute eine tiefgreifende Kritik am Neoliberalismus überfällig und nicht mehr zum Schweigen zu bringen. Sie wird so oder so unsere Zukunft bestimmen - die Frage ist nur, ob es die Kritik „von links“ oder „von rechts“ sein wird. Ich verstehe dabei „links“ als ein politisches Aufbegehren gegen strukturelle Ungerechtigkeit, was für mich eine unbedingte Achtung der Menschenwürde aller einschließt und Hass als politisches Mittel ausschließt.

„Rechts“ bedeutet für mich ein Gedankengut, in dem die Frage nach sozialer Gerechtigkeit gegenüber der nach der eigenen Stärke in den Hintergrund tritt.

Wenn man die Kritik von links politisch ins Abseits stellt, lächerlich macht, als völlig utopisch diffamiert (wie es massiv gegenüber Bernie Sanders geschehen ist, als er 2016 Präsidentschaftskandidat für die Demokraten werden wollte, und auch der vorherrschende Tenor in unseren Medien ist) und ihr politisch nicht den Rücken stärkt, muss man sich nicht wundern, wenn die Kritik „von rechts“ (Trump, Le Pen, AfD usw.) diese Leerstelle besetzt.

Wenn die „soziale Bewegung“ zu kraftlos, mutlos, zerstritten und intellektuell abgehoben agiert, dann wird die „identitäre Bewegung“ mit populistischen Parolen an Boden gewinnen.

Und damit ist nichts für die Lösung der drängenden Probleme gewonnen. 🌊

Zum Autor

Friedrich Müller-Reißmann



Jahrgang 1940, Studium Physik (Leipzig, Saarbrücken), ev. Theologie (Tübingen, Bonn), theoretische Informatik (Karlsruhe).

Langjähriger Mitarbeiter des Pestel-

Instituts für Systemforschung, Hannover. Schwerpunkte: Systemalternativen und Kriterien zu ihrer Bewertung. Systemstudien für Kommunen, Bundestag, Europaparlament. Mitbegründer des Öko-Instituts Freiburg.